
Kleinwaffen-Newsletter

Informationen von DAKS und WORLD VISION Deutschland e.V. – Ausgabe 01/06

1. Vereinte Nationen: Vorbereitungsausschuss im Januar 2006

Die Kleinwaffen-Konferenz 2006 rückt näher: Vom 9.-20. Januar wird bei der UNO in New York der Vorbereitungsausschuss zusammenreffen. Diese Gespräche dienen zur Erstellung der Agenda für die Überprüfungskonferenz zum Kleinwaffen-Aktionsprogramm (26. Juni-7. Juli 2006). Ablauf und thematische Schwerpunkte sollen festgelegt werden, auch die Planung der Schlussdokumente steht an. Besprochen wird ebenso, ob im Konsens oder per Mehrheitsvotum entschieden werden soll.

Dass das 2001 beschlossene Aktionsprogramm im Sommer neu verhandelt wird, ist laut IANSA nicht wahrscheinlich. Eher werde es erweiternde Anhänge oder Aktionspläne geben. Ziel der NGO-Vertreter sei eine Ausrichtung der Schlussdokumente, die der UN-Generalversammlung im Oktober 2006 Impulse in Richtung eines international gültigen Waffenkontrollvertrags geben könnte. Denn das Risiko, dass der UN-Kleinwaffenprozess nach der Überprüfungskonferenz endet, sei nicht zu leugnen. Daher appelliert IANSA an Nichtregierungsorganisationen weltweit, bei Regierungen und auf transnationaler Ebene Lobbyarbeit zu betreiben.

Hierfür stellt IANSA zehn Positionspapiere zur Verfügung, die einzelne Themen aufbereiten und den Aktiven die Argumentation erleichtern sollen. Diese Themenblätter können demnächst im Internet heruntergeladen werden (siehe unten). Sie umfassen beispielsweise die Bereiche Waffenhandelskontrolle und Opferunterstützung sowie genderspezifische Aspekte. Zusätzlich sind öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen und ein gut organisiertes Medienecho in Planung. Positionspapiere der an der Überprüfungskonferenz teilnehmenden Staaten will IANSA Interessierten zugänglich machen.

Vom 20.-31. März könnte es eine zweite Vorbereitungskonferenz geben, wenn beim Januar-treffen wichtige Fragen offen bleiben sollten. IANSA empfiehlt allerdings, nicht abzuwarten, ob dieser Fall eintritt, sondern das jetzt geplante Vorbereitungstreffen als wichtige Chance zu nutzen, die Beschlüsse der Überprüfungskonferenz zu beeinflussen. Noch ist allerdings unklar, ob Nichtregierungsorganisationen im Januar an den inhaltlichen Beratungen teilnehmen dürfen.

Für weitere Informationen siehe die IANSA-Webseite: (www.iansa.org) (a.m.)

2. TRESA: neues Modul zu zivilgesellschaftlichen Aktionsmöglichkeiten

Das bei BICC angesiedelte Projekt "Training and Education on Small Arms" (TRESA) bietet seit kurzem auf seiner Internetseite das erweiterte Modul "Civil Society Action on SALW Control" an, das darüber informiert, wie zivilgesellschaftliche Organisationen im Bereich Kleinwaffenkontrolle aktiv werden können. Entwickelt wurde es in Kooperation mit William Godnick (International

Alert) und enthält beispielsweise Planungsschritte für die Einsammlung und Zerstörung von Kleinwaffen und Hinweise zur Finanzierung solcher Programme. Fallstudien zu Brasilien, Kambodscha, El Salvador und Mozambique ergänzen diese Trainingseinheit.

Erst kürzlich hatte das TRESA-Team das bisherige Trainingsmaterial in verschiedenen Städten

und Gemeinden Kolumbiens vorgestellt. In Zusammenarbeit mit der Partnerorganisation "Fundación Gamma Idear" haben die MitarbeiterInnen des TRESA-Projektes dort Teilnehmer und Gruppen aus verschiedenen gesellschaftlichen Sparten in Forschungsmethoden zum Thema Kleinwaffen fortgebildet. Darunter waren Angehörige von Universitäten, Ministerien und der Polizei, aber auch zivilgesellschaftlicher Gruppierungen wie Frauenorganisationen, indigene Gruppen und solche, die Jugendarbeit leisten.

Die Ergebnisse dieses fruchtbaren Austausches sollen für die weitere Arbeit des TRESA-Projektes genutzt werden, das noch bis zum Sommer 2006 laufen wird. Die BICC-Ausstellung "Kleinwaffen –

Eine weltweite Bedrohung", die es mittlerweile auch in spanischer Sprache gibt, wurde in Bogotá und Barranquilla gezeigt.

Projektmanagerin Julie Brethfeld betont, dass TRESA Trainings zum Thema Kleinwaffen auch für deutsche Nichtregierungsorganisationen oder ähnlichen Gruppierungen anbiete. Zur Zeit erstelle das Team die deutschen Beiträge für das "Red Book", das anlässlich der UN-Kleinwaffenkonferenz 2006 von IANSA und „Biting the Bullet“ herausgegeben wird. Enthalten werde dieser Bericht wie in den Vorjahren den Stand der jeweiligen nationalen Rüstungskontrollpraktiken. (a.m.)

Weitere Infos zu TRESA gibt es unter: www.tresa.org

3. Fachkreis empfiehlt Kleinwaffen-Ausstellung des BICC

Der Fachkreis der Kampagne gegen Rüstungsexporte bei „Ohne Rüstung Leben“ (ORL, Stuttgart) hat bei seiner letzten Sitzung beschlossen, die von Mitgliedern der Kampagne vor einigen Jahren erstellte Ausstellung zum Thema Kleinwaffen zukünftig nicht mehr zu verleihen. Stellvertretend für den Fachkreis gab dies Christiane Kluse in einem Rundschreiben bekannt. Die Ausstellung "Kleine Waffen – Große Wirkung", die bisher über die AG Frieden in Trier verliehen wurde, sei inhaltlich in einigen Punkten veraltet. Als Alternative solle allen Interessenten die Ausstellung "Kleinwaffen – Eine weltweite Bedrohung" des Internationalen Konversionszentrums Bonn (BICC) empfohlen werden, die inhaltlich sehr gut sei. Der Fachkreis merkt allerdings an, dass diese Ausstellung recht stark betone, was durch Nichtregierungsorganisationen

und die Bundesregierung alles bereits gegen die Kleinwaffenproblematik unternommen werde. Dadurch könne leicht der Eindruck entstehen, es werde schon alles getan, was möglich sei. Daher empfiehlt der Fachkreis, den am Thema Interessierten zusätzlich Informationen zu den Forderungen des Deutschen Aktionsnetzes Kleinwaffen Stoppen (DAKS) – beispielsweise die "Gemeinsame Plattform des DAKS" – zukommen zu lassen.

Die Ausstellung wird von BICC kostenlos verliehen, der Ausleihende muss lediglich die Transportkosten tragen. (a.m.)

Weitere Infos zum Inhalt dieser Kleinwaffen-Ausstellung und den Verleihbedingungen gibt es bei BICC (www.bicc.de).

Die Forderungen des DAKS finden sich unter: www.rib-ev.de/daks

4. "DaimlerChrysler-EADS an Produktion von Streumunition beteiligt!"

Jürgen Grässlin, "Das Daimler-Desaster – Vom Vorzeigekonzern zum Sanierungsfall?" (Droemer Verlag München, ISBN 3-426-27267-9, 19,90 Euro).

Mit seinem neuen Buch will Jürgen Grässlin u.a. auf die ethische Verantwortung des Automobil- und Rüstungsriesen DaimlerChrysler hinweisen, was die Waffenproduktion, wie Minen und völkerrechtswidrige Streumunition, anbelangt. Er weist darauf hin, dass DaimlerChrysler mit einem Anteil von 30 Prozent am Rüstungskonzern EADS beteiligt sei. Dieser Zusammenschluss europäischer Waffenfirmen

wiederum halte die Hälfte der Anteile an der Firma RTG-Euromunition, die Landminen vom Typ MUSPA und MIFF hergestellt habe. Die Antwort des Aufsichtsratsvorsitzenden Hilmar Kopper auf Fragen der Kritischen AktionärInnen DaimlerChrysler (KADC), die Produktion dieser "Submunitionen" sei 1994 beendet worden, kommentiert Grässlin folgendermaßen:

"Die RTG-Euromunition hatte nachweislich bis zum 16. Dezember 2004 auf ihrer Homepage unter www.rtg-e.de/products.htm für die beiden Minentypen geworben. Erst in den Monaten danach wurde die Homepage für den öffentli-

chen Zugang gesperrt. Damit erschienen Koppers Angaben, die Sache sei seit einem Jahrzehnt erledigt, wenig glaubhaft. Warum sollte ein Rüstung produzierendes und exportierendes Unternehmen wie RTG-Euromunition, an dem DaimlerChrysler als größter EADS-Anteilseigner beteiligt war, für ein Produkt werben, das es seit vielen Jahren nicht mehr herstellte? Die Fragen blieben offen, zumal die RTG einst zum Zweck der Exporte gegründet worden war.”

Grässlin berichtet, dass das ARD-Magazin Report Mainz kurz vor der Hauptversammlung die Produktion der so genannten Submunition in einem Bericht thematisierte. Darin wurde auch Thomas Küchenmeister vom Aktionsbündnis Landmine.de befragt, der die Splitterwirkung dieser Waffen als wirkungsgleich zu derjenigen von Antipersonenminen beschrieb. Auch aus diesem Grund wurde bei UNICEF darüber nachgedacht, den Konzern von der Lieferantenliste zu streichen. Grässlin zitiert die Aussage des UNICEF-Vertreters Christian Schneider aus der Report-Sendung: “Auf Grund der jetzt vorliegenden Informationen fordert UNICEF DaimlerChrysler auf, seine Rüstungsgeschäfte offen zu legen, damit UNICEF überprüfen kann, ob diese Geschäfte den Statuten von UNICEF entsprechen.” Im Verlauf der weiteren Auseinandersetzung, so Grässlin, habe das UN-Kinderhilfswerk schließlich beschlossen, keine weiteren Fahrzeuge der DaimlerChrysler AG mehr anzunehmen und den Konzern fortan nicht mehr als Partner anzusehen.

Einen weiteren Kritikpunkt, mit dem sich DaimlerChrysler konfrontiert sieht, spricht Grässlin an: den Vorwurf, im Zusammenhang mit dem Raketenwerfer Multiple Launch Rocket System (MLRS) in Geschäfte mit Streumunition verwickelt zu sein. Die EADS-Anteile an der Herstellerfirma MBDA brächten DaimlerChrysler mit diesem Rüstungsgeschäft in Verbindung. Der Autor nennt Filmaufnahmen, die 2004 auf der internationalen Waffenmesse Eurosatory in Paris gedreht wurden, als Beleg für diese Vorgänge. Er schreibt:

“Auf der Eurosatory wurde die zukünftige Massenproduktion von MLRS-Raketen angekündigt, die ihre Submunitionen über riesige Flächen von mehreren Quadratkilometern verstreuen können. ‘Ein solches System kann mit einer Salve rund 8000 Bombletmunitionen auf einem Gebiet bis zu einem Quadratkilometer verteilen’, erklärte Thomas Küchenmeister die dramatische Wirkung dieser Waffen. Da beim Einsatz von Streumunition, wie beispielsweise auch im Kosovo geschehen, häufig Zivilisten getroffen werden, urteilte Küchenmeister, dass ‘ein solches System unserer Auffassung nach klar gegen die Genfer Konvention verstößt, denn diese verbietet wahllose Angriffe.’”

Grässlin führt weitere Firmenbeteiligungen auf, über die DaimlerChrysler am Verkauf von Streumunition verdiene. Er benennt die Produzenten: Diehl Bodensee-Gerätetechnik, der Raketenwerfer an die slowakischen Streitkräfte liefern werde, und TDA, der u.a. Streumunitionssysteme für den Kampfhubschrauber Tiger anbiete. Aber auch das EADS-Produkt MLRS werde weiter hergestellt:

“Derzeit wird der Raketenwerfer MLRS optimiert. Das neue, so genannte Guided MLRS-System wird über eine gesteigerte Reichweite verfügen, soll zielgenauer treffen und über effizientere Munition verfügen, die weniger Blindgänger als die aktuelle Munition verursacht. Ob diese Konfiguration sich dann im Rahmen des geltenden Völkerrechts bewegt, muss bereits heute bezweifelt werden, da am Prinzip der wahllosen Verstreuerung der Munition nichts geändert wird.” (a.m.)

Weitere Informationen zum Buch und zu den Buchlesungen sowie ein Überblick über die bisherigen Pressestimmen und Rezensionen finden sich unter: www.juergengraesslin.com

Lesungstermine im Januar:

13.01. Freiburg (BZ-Haus), 17.01. Reutlingen (Buchhandlung Osiander)

Vortrag zu Kleinwaffen:

26.01. Neustadt (Evangelische Kirchengemeinde Neustadt)

5. Im Internet: Jürgen Grässlin liest aus “Das Daimler-Desaster”

Der Club Voltaire München hat eine der aktuellen Lesungen von Jürgen Grässlin als Video und auch als Audioversion ins Internet gestellt. Der Autor hatte auf Einladung des Clubs Voltaire und der DFG-VK München am 18. De-

zember 2005 im dortigen Fraunhofertheater aus “Das Daimler-Desaster – Vom Vorzeigekonzern zum Sanierungsfall?” (erschieden November 2005) gelesen. Um das faktenreiche, rüstungskritische Buch ist weiterhin ein juristisches Tauzie-

hen im Gange. Unterlassungsklagen von Seiten des Konzerns gegen Aussagen des Autors sind noch anhängig und werden am 27. Januar 2006 am Landgericht Hamburg (Schrempp gegen

Grässlin) und voraussichtlich im Frühjahr am Landgericht Berlin (Zetsche gegen Grässlin) verhandelt. Die Münchener Lesung findet sich unter <http://www.cv-muc.de/>

6. "Manches ist getan, vieles steht noch an!"

Interview mit Dr. Bernhard Moltmann (GKKE)

Dr. Bernhard Moltmann ist Mitarbeiter der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (Frankfurt a. M.) und Vorsitzender der Fachgruppe Rüstungsexporte der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE). Er berichtet im Interview über den jüngst erschienenen Rüstungsexportbericht 2005 der GKKE (zu finden unter www.gkke.org) und internationale Entwicklungen der Kleinwaffenproblematik.

1. Wie hat sich nach Ihren Kenntnissen der Export von Kleinwaffen im letzten Jahr entwickelt?

Gegenüber den Jahren 2002 und 2003 ist für das Berichtsjahr 2004 mit einem Rückgang der genehmigten Ausfuhren zu rechnen. Allerdings muss mit Schwierigkeiten bei der Abgrenzung verschiedener Waffenkategorien gerechnet werden.

Für das Jahr 2002 erteilte die Bundesregierung Ausfuhrgenehmigungen für Handfeuerwaffen (Ausfuhrliste Position A 0001) in Höhe von 438,1 Millionen Euro, im Jahr 2003 in Höhe von 277,9 Millionen Euro. Für den EU-Bericht zu den Rüstungsexporten im Jahr 2004 meldete die Bundesregierung 181,4 Millionen Euro als Wert der Genehmigungen im Rahmen der EU-Militärgüterliste.

Trotz des absehbaren Rückgangs der Ausfuhrgenehmigungen gehören deutsche Hersteller weiterhin zu den "Großen".

2. Angesichts der Meldungen zum Export von G36-Gewehren nach Griechenland: Was ist vom Prinzip "neu für alt" zu halten?

Das Prinzip "neu für alt" ist nicht nur bei Transfers in NATO- und/oder EU-Staaten zu beachten, sondern sollte auch für andere Empfänger gelten. Darüber hinaus ist der gesicherte Verbleib der gelieferten Waffen zu gewährleisten und ein Re-Export der Lieferungen oder der ersetzten Waffen zu verhindern.

3. Wie bewerten Sie die Aussagen im Koalitionsvertrag zu Rüstungsexporten, speziell zur Kontrolle von Kleinwaffen?

Die GKKE begrüßt das Bekenntnis der neuen Bundesregierung, auch in Zukunft der Kontrolle der Verbreitung von kleinen und automatischen Waffen Gewicht beizumessen. Dies bezieht sich vorrangig auf das entsprechende UN-Aktionsprogramm. Allerdings sind dessen Schwächen und Unzulänglichkeiten hinreichend bekannt, so dass die Wirksamkeit der Zusage der Koalitionsparteien noch weiterer Impulse bedarf. Diese beziehen sich auf die Sicherung des Verbleibs der Waffen und die Kontrolle des Weiterverkaufs.

Unbefriedigend ist immer noch, dass in den jährlichen Rüstungsexportberichten der Bundesregierung nicht zu erkennen ist, wer die Adressaten der Lieferungen sind. Gerade angesichts der Behauptung seitens der Waffenhersteller, bei den genehmigten Ausfuhren handle es sich vor allem um Jagd- und Sportwaffen, ist es angezeigt zu erfahren, ob die Empfänger Privatpersonen oder aber staatliche Institutionen wie Streitkräfte oder Polizei sind. Hinzu kommt das wachsende Gewicht von privaten Sicherheitsdienstleistern, die mit Waffen deutscher Herkunft ausgestattet werden.

4. Wie beurteilen Sie die Vorgänge um das gescheiterte Referendum zum Waffenbesitz in Brasilien?

Brasilien gehört zu den Ländern, in denen Menschen am stärksten unter dem willkürlichen Gebrauch von Schusswaffen zu leiden haben. Insofern war und ist das Unbehagen in der Bevölkerung gegen den privaten Besitz von Schusswaffen groß. Allerdings ist es den Rüstungsherstellern im Verbund und mit Unterstützung aus dem Ausland gelungen, das Referendum in eine Abstimmung darüber zu verwandeln, ob die Brasilianer ihrem Staat und seinen Sicherheitsorganen zutrauen, für die private wie öffentliche Sicherheit zu sorgen. Angesichts des hohen subjektiven Gefühls der Unsicherheit fiel hier das Votum negativ aus, mit der Konsequenz, dass eine Mehrzahl dafür plädierte, durch den verfügbaren Besitz von Schusswaffen selbst dafür sorgen zu wollen. Dass dies nur einem

kleinen Teil der brasilianischen Bevölkerung möglich ist, fiel dabei ebenso wenig ins Gewicht wie die Tatsache, dass Brasilien im Gegensatz zu anderen Weltregionen nicht zur Kategorie der zusammenbrechenden Staaten zählt.

5. Welche Forderungen sollte die deutsche Delegation beim UN-Vorbereitungsausschuss im Januar 2006 Ihrer Ansicht nach vertreten?

Wichtig erscheint, das UN-Kleinwaffenaktionsprogramm mit der Konvention zu verbinden, die den illegalen Gebrauch von Feuerwaffen ächtet. Bislang laufen beide Steuerungsprozesse noch nebeneinander her, obwohl es – zynisch gesprochen – für die Opfer gleichgültig ist, welche der beiden Waffenkategorien ihr Leben und Wohlergehen bedroht. Ferner sollte sich

Deutschland bereit erklären, anderen Ländern weiterhin bei der Umsetzung der eingegangenen Vereinbarungen zu helfen. Dies wird finanzielle und organisatorische Anstrengungen kosten und sich nicht nur auf die so genannten ”klassischen” Entwicklungsländer beziehen, sondern auch Staaten einbeziehen müssen, die wie die zentralasiatischen Republiken, China oder Pakistan selbst als Hersteller und Exporteure auftreten. Dabei wird man nicht umhin kommen, auch dem Faktum zu begegnen, dass deutsche Kleinwaffenexporte in großem Maße am Blühen der ”Schießkultur” in den USA Anteil haben.

Deutschland sollte sich auch gegen die Tendenz wehren, die Vermarktung der zu ächtenden Waffen durch Werbung oder Messen zu unterstützen.

(Die Fragen stellte André Mürtens)

7. Zagreb: Staatenkonferenz zur Landminen-Konvention

Ende November tagte in Zagreb die 6. Vertragsstaatenkonferenz zur Ottawa-Konvention. Dieses Treffen ist seit der Nairobi-Konferenz zu einer minenfreien Welt 2004 die erste Gelegenheit, die Umsetzung des damals beschlossenen Aktionsplans zu überprüfen. Das Aktionsbündnis Landmine.de berichtet, dass 30 Nichtregierungsorganisationen aus 7 Ländern die Ottawa-Vertragsstaaten in einem Statement aufforderten, das Verbot von Antipersonenminen vollständig umzusetzen und alle Anstrengungen zu unter-

nehmen, dass ausreichend Mittel für Minenaktionsprogramme bereitgestellt würden. Das Aktionsbündnis bietet auf seiner Internetseite (<http://www.landmine.de>) eine deutsche Fassung des Statements. Der Text enthält u.a. die Forderung, unverzüglich Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, einen international bindenden Vertrag zu entwickeln, der die Produktion, den Handel mit, die Lagerung und den Einsatz von Antifahrzeugminen verbiete.

Weitere Infos unter: <http://www.icbl.org/>

8. Weitere Links

- ▶ Das United Nations Institute for Disarmament Research (UNIDIR) informiert über die im Dezember 2005 in Brüssel abgehaltene Konferenz ”Strengthening European Action on Non-proliferation and Disarmament: How Can Community Instruments Contribute?”, die sich u.a. mit der Kleinwaffenproblematik befasste:
http://www.unidir.org/html/en/EU_project_conference.htm
- ▶ In einer französischsprachigen Verlautbarung gibt die Schweizer Regierung bekannt, dass sie sich Mitte Dezember für einen weltweiten Waffenkontrollvertrag (Arms Trade Treaty, ATT) ausgesprochen habe:
http://www.parlament.ch/afs/data/f/gesch/2005/f_gesch_20053657.htm
- ▶ Die international tätige Crisis Group fordert die Staaten am Horn von Afrika auf, für eine Fortsetzung des Waffenembargos gegen Somalia einzutreten:
<http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=3832&l=1&m=1>

Impressum & Kontakt

DAKS-Koordination
c/o RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.)
Postfach 5261
79019 Freiburg

WORLD VISION Deutschland e.V.
Am Houiller Platz 4
61381 Friedrichsdorf
Web: www.worldvision.de

Tel. 0761-7678088
E-Mail: ribfr@breisnet-online.de
Web: www.rib-ev.de/daks

Mitglied im DAKS sind:

- ▶ AG Rüstungsexporte im Netzwerk Friedenskooperative, Bonn
- ▶ attac-Ortsgruppen
- ▶ BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport!“, Bremen
- ▶ Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Velbert
- ▶ Friedensinitiative Nottuln
- ▶ IPPNW Stuttgart
- ▶ Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben (ORL), Stuttgart
- ▶ Netzwerk Afrika Deutschland, Bonn
- ▶ pax christi – deutsche Sektion, Bad Vilbel
- ▶ pax christi – Bistumsstelle Rottenburg/Stuttgart
- ▶ RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.), Freiburg
- ▶ WORLD VISION Deutschland e.V., Friedrichsdorf
- ▶ ...sowie weitere Gruppen aus dem Friedensbewegungs-, kirchlichen und entwicklungspolitischen Zusammenhang.

Hinweis: DAKS und WORLD VISION Deutschland e.V. übernehmen für die Inhalte und die Sicherheit der in diesem Newsletter aufgeführten Internetadressen keinerlei Haftung.